

GEGEN DIE STRÖMUNG



Organ für den Aufbau der Revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands

8/2016

August 2016

Warum die Kämpfe gegen die herrschende Klasse in Frankreich in Deutschland weitgehend verschwiegen werden

Ein Bericht über die Kämpfe in Frankreich

Im März 2016 begann in ganz Frankreich eine über mehrere Monate andauernde breite und teils sehr militante Massenprotestbewegung gegen die angekündigte drastische Verschlechterung des Arbeitsrechts. Hunderttausende beteiligten sich daran mit Streiks, Blockaden, Demonstrationen und Besetzungen. Obwohl sich nach offizieller Umfrage 86% der Bevölkerung gegen den Entwurf des neuen Arbeitsgesetzes aussprachen, wurde das Gesetz unter Umgehung des Parlaments durchgesetzt. Den in Frankreich seit November 2015 geltenden Ausnahmezustand bekam die Protestbewegung, auch in der direkten Konfrontation mit dem brutal agierenden staatlichen Repressionsapparat, deutlich zu spüren. Die Schürung von Nationalismus im Zusammenhang mit dem Ausnahmezustand („Alle Franzosen stehen zusammen gegen den Terror“) sowie im Zusammenhang mit der Fussball-EM diente dazu, die Protestbewegung zu spalten und sie als „anti-französisch“ zu diffamieren. Dass es zeitweise für Urlaubsreisende in Frankreich aufgrund erfolgreich durchgeführter Streiks und Blockaden gravierenden Benzinmangel gab, ging natürlich durch die deutsche Presse. Doch ansonsten wurden in den bürgerlichen Medien in Deutschland diese kraftvollen Kämpfe gegen die herrschende Klasse in Frankreich und die Gründe für diesen Massenprotest durch einen systematischen Informationsboykott weitgehend verschwiegen. Der Grund ist klar: Eine Solidarisierung mit den protestierenden werktätigen und ausgebeuteten Massen in Frankreich soll vermieden werden; die werktätigen und ausgebeuteten Massen hier in Deutschland sollen aus diesen Kämpfen nicht lernen und sie gar zum Vorbild für eigene Kämpfe machen. Wir halten es daher für wichtig, darüber etwas ausführlicher zu berichten.

Die aktuellen Kämpfe sind auch, vor dem Hintergrund der zunehmend verschärften politischen und sozialen Situation in Frankreich zu betrachten. Die von Hollande geführte „sozialistische“ Regierung betreibt seit ihrem Amtsantritt 2012 den Sozial- und Demokratieabbau noch stärker als die Vorgängerregierungen. Eine große Rolle spielt der seit November 2015, nach den faschistischen Anschlägen in Paris, verhängte und bis heute mehrfach verlängerte Ausnahmezustand. Seitdem sind auch linke Aktivisten verstärkt von staatlicher Repression betroffen, wie z.B. willkürliche Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. An den Schulen werden kritische Diskussionen über die „Terroranschläge“ und den Ausnahmezustand durch disziplinarische Mittel gegen Schüler und Lehrer unterdrückt. Die offizielle Arbeitslosenquote ist seit 2013 auf über 10% gestie-

gen. Bei den Jugendlichen lag sie 2015 insgesamt sogar bei 25%, unter Jugendlichen aus Migrantenfamilien bei 40%. Die zunehmende Ausbeutung in den Betrieben trifft besonders junge Werktätige. Der überwiegende Teil der Studentinnen und Studenten arbeitet in Imbiss-Ketten, Callcentern oder anderen Bereichen mit besonders schlechter Bezahlung. In den großen Städten nimmt der Gegensatz zwischen der Lebenslage in den Vororten (Banlieues) und den Innenstadtvierteln immer mehr zu.

Ein Großangriff der Kapitalisten auf erkämpfte soziale Errungenschaften

In den Jahren 2006 und 2010 scheiterten im Kern aufgrund großer Proteste die Versuche, erkämpfte soziale und ökonomische Errun-

Gegen die Vertuschung des Nazi-Massaker von München vom 22.7.2016 kämpfen!

Am 22. Juli 2016 ermordete der Nazi A. D. Sonboly neun Menschen und verletzte 36 weitere, davon 11 schwer. Mit einer halbautomatischen Waffe erschoss der Nazi-Mörder Sevda Dağ, 45 Jahre, Selçuk Kiliç, 15 Jahre, Can Leyla, 14 Jahre, Hüseyin Dayıcık, 19 Jahre, Roberto Rafael, 15 Jahre, Armela Segashi, 14 Jahre, Dijamant Zabergja 21 Jahre und Guiliano Kollmann 18 Jahre. Während des Nazi-Massakers schrie der Nazi-Mörder u.a. „Ich bin Deutscher“ und „Scheiß Türken“.

Der Zentralrat der Sinti und Roma hat seine Solidarität mit den Opfern des Nazi-Massakers und deren Angehörigen ausgedrückt und darauf hingewiesen, dass drei Opfer Sinti und Roma aus Deutschland und dem Kosova sind. Als Ort für seine Nazi-Mord-Aktion hatte der Nazi-Mörder Sonboly sich eine McDonalds Niederlassung in der Münchner Innenstadt ausgesucht. Um zu garantieren, dass möglichst viele Menschen, die er ermorden wollte dort waren, hat der Nazi-Mörder einen Facebook Account unter falschem türkisch klingenden Namen genutzt und zu McDonalds eingeladen.

Deutsche Polizei, bürgerliche Medien und bürgerliche Politiker vertuschen das Nazi-Massaker, indem sie behaupten, es wäre ein „Amoklauf“ gewesen, der nicht „politisch motiviert“ gewesen sei. Das ist nichts als eine Lüge. Sonboly war ein überzeugter Nazi-Mörder, der sein Nazi-Massaker akribisch genau geplant, vorbereitet und durchgeführt hatte und seine Nazi-Mord-Aktion ganz bewusst in die Tradition faschistischer Massenmörder bzw. der Nazi-Bewegung gestellt hatte: Sonboly hatte seine Nazi-Morde mit Absicht am 5. Jahrestag des faschistischen Massakers in Norwegen in Oslo und Urøya durchgeführt, bei dem 77 Menschen von dem faschistischen Massenmörder Anders Breivik ermordet wurden. Als Erkennungsbild bei whats app verwendete Sonboly ein Bild von Breivik. Sonboly betonte, dass er besonders stolz darauf war, gemeinsam mit Adolf Hitler am 20. April Geburtstag zu haben und „Arier“ zu sein. Er bewunderte die AfD und obwohl er 300 Schuss Munition bei sich hatte, hat er gezielt „nur“ auf Menschen geschossen, die er als „undeutsch“ einschätzte. Nach eigener Aussage habe er „Türken und Araber“ gehasst.

Dieses Nazi-Massaker ist eine der größten Nazi-Mord-Aktionen in Deutschland nach 1945 – gerade auch diese Tatsache versuchen der deutsche Staat und bürgerliche Medien zu vertuschen!



Demonstrierende Schülerinnen und Schüler in Paris

genschaften für die Werktätigen in Frankreich massiv auszuhöhlen. Nun unternahm die Regierung einen neuen Anlauf mit einem Arbeitsgesetz, das als Pendant zur von der SPD/Grünen-Regierung unter Schröder durchgesetzten sogenannten „Agenda 2010“ und den „Hartz-Gesetzen“ in Deutschland bewertet werden kann. Das geplante neue Arbeitsgesetz greift gleich mehrere Kernpunkte der bisherigen Rechte Beschäftigter in Frankreich an:

- Die im Jahr 2000 gesetzlich festgeschriebene 35-Stunden Woche, als (theoretisch) geltende Regelarbeitszeit im Jahresdurchschnitt, wird faktisch aufgehoben. Stattdessen wird die Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 46 Stunden, unter bestimmten Umständen sogar bis zu 60 Stunden, für längere Zeiträume ermöglicht. Der Trick ist, dass es nur noch im dreijährigen Durchschnitt 35-Stunden pro Woche sein müssen. Gleichzeitig wird die Untergrenze für Überstundenzuschläge von 25% auf 10% gekürzt und die Auszahlung der Zuschläge über lange Zeiträume umgangen. Zudem werden Sonderregelungen ermöglicht, die die Bezahlung von Überstunden ganz abschaffen.

- Der Kündigungsschutz wird massiv eingeschränkt und gleichzeitig die Höhe von Abfindungen durch neu eingeführte Obergrenzen erheblich verringert. Massenentlassungen von international agierenden Konzernen werden erleichtert, da ein Konzern nicht mehr nachweisen muss, dass es ihm insgesamt „wirtschaftlich schlecht geht“, sondern es reicht, dass er seine Betriebe in Frankreich „wirtschaftlich schlecht“ aussehen lässt.

- Er kämpfte Tarifverträge mit den Gewerkschaften sollen in einzelnen Unternehmen unterlaufen werden können durch Betriebsvereinbarungen mit schlechteren Bedingungen, wenn die Mehrheit der Beschäftigten eines Betriebes zustimmt.

Nachdem sich zeigte, dass eine parlamentarische Mehrheit für das Gesetz nicht sicher gewährleistet war, wurde auf eine Sondervorschrift in der Verfassung („Artikel 49-3“) zurückgegriffen, die die Verabschiedung eines Gesetzes ohne parlamentarische Debatte und Abstimmung zur Sache erlaubt bzw. dem Parlament nur noch ein erfolgreiches Misstrauensvotum gegen die amtierende

Regierung als Mittel zur Verhinderung eines Gesetzesvorhaben bietet. Mit dieser, selbst nach bürgerlich-demokratischen Maßstäben, undemokratischen Vorgehensweise wurde das Gesetz am 5. Juli im Parlament durchgesetzt.

Aktionen der Protestbewegung – Staatliche Repression dagegen

Nach Bekanntwerden der Gesetzesentwürfe im Februar 2016 zwang starker Druck von unten in der Gewerkschaftsbasis die zunächst passiv abwartenden Gewerkschaftsführungen zum Aufruf zu Demonstrationen. In verschiedenen anderen Aufrufen wird bereits früh davor gewarnt, dass die meisten Gewerkschaften nicht eine vollständige Rücknahme des Gesetzes, sondern lediglich Teilzugeständnisse erreichen wollen. Die Studierendengewerkschaft UNEF erinnerte Anfang März in ihrem Aufruf an die erfolgreichen Proteste der Jugend- und Studierendenbewegung im Jahr 2006. Damals war es gelungen, die Abschaffung des Kündigungsschutzes für unter 30-jährige Lohnabhängige zu verhindern. Daran sollte nun angeknüpft werden.

Angesichts der unzähligen und vielfältigen Aktionen der Protestbewegung in ganz Frankreich über vier Monate hinweg, kann im Folgenden nur exemplarisch darüber berichtet werden. Vom 9. März bis 5. Juli gab es allein zwölf landesweite und von den Gewerkschaften ausgerufene „Aktionstage“ mit Beteiligung von Hunderttausenden Menschen. Unabhängig davon fanden in vielen Städten selbst initiierte Aktionen statt, wie Besetzungen von Plätzen und Gebäuden. Immer wieder gab es Streiks und vor allem ökonomisch wirksame Blockaden, die hauptsächlich von Werktätigen bestimmter Berufsgruppen getragen wurden.

Die Kämpfe beginnen

Am 9. März fand landesweit der erste Aktionstag mit großen Protestdemonstrationen statt. Laut Gewerkschaftsangaben nahmen daran über 400.000 Menschen teil, allein in Paris knapp 100.000. Frankreichweit blockierten Schülerinnen und Schülern erfolgreich fast 100 Oberschulen. Gleichzeitig begannen mehrere Eisenbahngewerkschaften ihren Arbeitskampf, der sich zwar zunächst

nicht direkt gegen das neue Arbeitsgesetz richtete, sondern Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen im eigenen Betrieb forderte. Daran beteiligten sich an diesem Tag landesweit 900.000 Beschäftigte.

Die beiden folgenden Aktionstage am 17. und 24. März wurden hauptsächlich von Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden getragen, die ihre Zukunftsperspektiven durch das neue Arbeitsgesetz noch mehr bedroht sehen. Am zweiten Aktionstag am 17. März protestierten rund 100.000. Der Staat ließ mehrere Hochschulen in Großstädten schließen, auch die Sorbonne in Paris (das zweite Mal seit Mai 1968, zuletzt 2006), um die weitere Mobilisierung unter den Studierenden zu behindern. Das Bildungsministerium hatte landesweit Rundbriefe an die Schulverwaltungen versandt um die Teilnahme von SchülerInnen an Demonstrationen zu verbieten und anzuweisen Verstöße dagegen hart zu sanktionieren. In Paris, Nantes, Rennes, Marseille und Strasbourg gab es militante Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Polizei ging gegen die jugendlichen Demonstranten mit besonderer Brutalität vor. Am dritten Aktionstag am 24. März unterstützten in Le Havre 2.000 Hafenarbeiter den Protest der SchülerInnen und Studierenden.

Ausdehnung der Kämpfe

Am nächsten großen Aktionstag, dem 31. März, gingen in 260 französischen Städten laut Gewerkschaftsangaben insgesamt über 1 Millionen Menschen auf die Straße, um zu protestieren. Allein in Marseilles waren es etwa 120.000 Protestierende, in Toulouse 100.000, in Rennes und Nizza jeweils 10.000. In Paris hatte ein Streik im öffentlichen Nahverkehr zu 650 km Stau rund um die Stadt geführt. An diesem Tag kam keine französische Tageszeitung heraus wegen Streiks im Druckgewerbe. Am Abend trat auch ein Teil der Lohnabhängigen bei der französischen Nachrichtenagentur AFP in den Streik. Einige Schulverwaltungen hatten ihre Schulgebäude diesmal geschlossen, um Blockadeaktionen der SchülerInnen, wie bei den vorherigen Aktionstagen, zu vermeiden.



Demonstrierende Studierende in Paris am 9.4.2016

Zur staatlichen Repression insgesamt

Der Staatsapparat ging gegen die Protestbewegung von Beginn an brutal und mit außerordentlichen repressiven Mitteln vor. Demonstrationsverbote, Einsatz gefährlicher Waffen gegen Demonstrierende, massenhafte Festnahmen und Schnellgerichte wurden mit dem geltenden Ausnahmezustand gerechtfertigt und gegen die Protestbewegung genutzt. Die Strategie der Einschüchterung und direkten Unterdrückung von Protestaktionen richtete sich besonders gegen Schülerinnen und Schüler.

■ Es wurden von der Polizei gegen Demonstrationen nicht nur die „üblichen“ Mittel eingesetzt (Wasserwerfer, Pfefferspray, Tränengas, Prügelstock), sondern auch Gummigeschosse und

Tränengasgranaten. Ganze Demonstrationen wurden mit Tränengasgranaten beschossen. Sogar die Polizei-Eliteeinheit RAID (vergleichbar mit GSG9) kam zum Einsatz.

■ Als Folge davon gab es über 1.000 Verletzte unter den Protestierenden, darunter auch viele mit schweren Verletzungen. Presse- und Kameraleute trauten sich zum Teil nur noch mit Schutzhelmen zu den Demonstrationen.

■ Das Demonstrationsrecht wurde teilweise aufgehoben durch Aufenthaltsverbote für einzelne Personen in bestimmten Stadtteilen und durch Demonstrationsverbote. Eine andere Variante bestand in der Einkesselung einer ganzen Demonstration von Beginn an

mit mehrfachen Belagerungsringen der Polizei.

■ Das Innenministerium meldete am 15. Mai in der Zeitung „Le Figaro“ insgesamt 1.300 Festnahmen, über 800 Inhaftierungen und 51 Verurteilungen im Eilverfahren, darunter auch Haftstrafen bis zu sechs Monaten ohne Bewährung.

■ Die Wut und der Widerstand gegen die Polizeigewalt wuchs innerhalb der Protestbewegung immer mehr. Gewaltexzesse der Polizei waren oftmals von demonstrierenden Augenzeugen gefilmt und bekannt gemacht worden. Es entstanden Initiativen, die Polizeigewalt systematisch festzuhalten und über Internet zu veröffentlichen.

Die Polizei attackierte die Demonstrationen massiv mit Wasserwerfern, Gummigeschossen, Pfefferspray und großen Mengen Tränengas. In Rennes wurde ein am Boden liegender 60-jähriger Gewerkschaftler von der Polizei verprügelt. Landesweit wurden 100 Protestierende festgenommen und mehr als 20 durch Gummigeschosse ernsthaft verletzt.

Wohl nicht zufällig am 31. März begann auf der zwischen dem afrikanischen Kontinent und Madagaskar gelegenen Insel Mayotte – ein Kolonie Frankreichs – ein unbefristeter Generalstreik, um für die Angleichung der Lebensbedingungen der 250.000 Inselbewohner/innen an Frankreich zu kämpfen. Über zwei Wochen wurde das Leben auf der Insel durch den Generalstreik weitgehend lahmgelegt. Am Ende konnte ein Teilerfolg erzielt werden.

Ebenfalls an diesem 31. März versammelten sich erstmals mehrere Tausend Menschen nach der Demonstration am Place de la République in der Pariser Innenstadt. Dies war der Beginn der Besetzung von öffentlichen Plätzen („nuit debout“), am Place de la République jeden Abend, sowie in der Folgezeit in 21 Pariser Vorstädten und in weiteren 60 Städten Frankreichs, einmalig oder wiederkehrend. Auf den Plätzen wurden Vollversammlungen abgehalten und diskutiert. Manche campierten in Paris auch nachts auf dem Place de la République. Diese Aktionsform wurde über Monate trotz teils äußerst widriger Wetterbedingungen aufrechterhalten. Die Mehrheit der Teilnehmenden (im Pariser Zentrum in den ersten sechs Wochen täglich zwischen 500 und 2.000) setzte sich aus Studierenden, Erwerbslosen sowie prekär Beschäftigten zusammen.

Aus Teilen dieser sehr heterogenen „Platzbesetzerbewegung“ im Pariser Zentrum

kam von Beginn an die Forderung nach einem Brückenschlag zu Kämpfen in den Betrieben, zu Migranten und Migrantinnen, zu Refugees sowie zu den Pariser Vororten (banlieues). Die Ausweitung in die Vororte gelang ansatzweise in Paris und Marseille. So besetzten z.B. am 13. April in dem Pariser Vorort Saint-Denis Eltern Schulen und mobilisierten danach eine öffentliche Versammlung mit 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Protest gegen die Kosteneinsparungen in ihrem Stadtteil, die u.a. zu vielen Unterrichtsausfällen an Schulen führen. Am 3. Mai besetzten in Saint-Denis 200 Menschen eine Basilika, um den Protest von Wohnungslosen zu unterstützen. Mehrere Hunderte vor allem Menschen aus dem Sudan und Afghanistan ohne Papiere, die verstreut in Paris unter freiem Himmel campieren müssen, wurden auf den Place de la République eingeladen, um ihnen Schutz vor Zwangsräumung zu geben. Mehrfach wurden Aktionen hin zu Betrieben initiiert. Zusammenkünfte mit Eisenbahnbeschäftigten oder Besuche eines Renault-Betriebes nahe Paris zur Unterstützung dortiger Kämpfe waren erste Ansätze sich mit den Werktätigen in Betrieben zusammenzuschließen. Wiederholte Unterwanderungsversuche von französischen Faschisten wurden von den Besetzern des Place de la République letztlich abgewehrt.

Die Teilnahme ließ Anfang Juni, zumindest auf dem Place de la République in Paris, nach. Doch viele, die sich zunächst an den Versammlungen dort beteiligt hatten, verlagerten ihre Aktivität auf andere Orte zur Unterstützung von Blockaden und Streiks.

Der landesweite Aktionstag am 28. April war durch die stärkere Verknüpfung von Protestdemonstrationen, vielen Streiks und Blockaden geprägt. Laut Gewerkschafts-

angaben nahmen landesweit rund 500.000 Menschen an den Demonstrationen teil, die in vielen Städten wieder massiver Polizeigewalt ausgesetzt waren. In Paris stellten sich nicht nur kleine Gruppen in der Demonstration, sondern Tausende meist jüngere Demonstrierende militant dieser Staatsgewalt entgegen. Manche schützten sich mit Taucherbrille gegen das Tränengas. Wieder erschien in Paris keine Tageszeitung aufgrund des Streiks der Drucker. Ein Teil der Abflüge an den beiden Pariser Flughäfen verzögerten sich oder fielen streikbedingt aus. Ein Teil des Nahverkehrs im Pariser Umland wurde durch Streiks behindert. LKW-Fahrer blockierten in Westfrankreich die Bundesstraße bei Champniers. In Le Havre, wo Hafenarbeiter schon Anfang April mehrere Tage in Teilen der Stadt den Verkehr blockiert hatten, um die Protestbewegung zu unterstützen, wurde an diesem Tag die Zufahrt zum Hafen sowie mehrere Zugangsstraßen in die Stadt blockiert. In Gennevilliers, nördlich von Paris, blockierten bis zu 300 zumeist Studierende einen wichtigen Binnenhafen an der Seine. Arbeiter der Raffinerie Donoges blockierten ein Treibstoffdepot. Studierende aus Paris fuhren zu einem Betrieb des Autoherstellers PSA in Poissy nahe Paris, um mit den Arbeiterinnen und Arbeitern dort gemeinsame Aktionen zu unternehmen.

Zunehmende staatliche Repression

Bei den Protestaktionen am 28. April und 1. Mai wurden in ganz Frankreich über 500 Protestierende verletzt, alleine in Paris waren es rund 100 Verletzte. Darunter erlitten einige auch schwere Verletzungen. In Marseilles musste ein Demonstrant mit einem im Hals steckenden Gummigeschoss in die Notaufnahme eines Krankenhauses gebracht werden. Ein 20-jähriger Demonstrant in Rennes verlor ein Auge, nachdem ihn ein Gum-

migeschoss der Polizei ins Gesicht getroffen hatte. In Paris wurden einem Aktivist zwei Finger abgerissen.

Neben vielen willkürlichen Festnahmen auf Demonstrationen, agierten Polizei und Justiz ganz gezielt gegen Aktivisten, auch gegen Schülerinnen und Schüler: In Nanterre wurden Anfang Mai 47 von ihnen wegen Besetzungsaktionen von der Polizei vorgelesen, 13 von ihnen inhaftiert und im Eilverfahren vor Gericht gestellt.

In Marseille gab es bei der Demonstration am 28. April 57 Festnahmen. In Paris sind bis Anfang Mai insgesamt 93 Inhaftierungen mit dem Ziel der gerichtlichen Strafverfolgung im Schnellverfahren bekannt geworden. In fünf Fällen wurden Haftstrafen bis zu sechs Monaten ohne Bewährung verhängt. Manche der Verurteilten sitzen bereits im Gefängnis. Auch in Nantes, das als weitere Hochburg der Repression gilt, wurde ein Aktivist zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung wegen Zerschlagens der Fensterscheibe einer Bank verurteilt; ein Demonstrant dort bekam gar einen Monat Gefängnis ohne Bewährung, weil er einem Polizisten sein nacktes Hinterteil entgegengestreckt hatte.

Gegen die tägliche Besetzung des Place de la République in Paris ging die Stadtbehörde mit immer mehr Verbotsauflagen vor (wie z.B. gegen die Verwendung von Lautsprecheranlagen), bis am 2. Mai eine Besetzung ab 22 Uhr komplett verboten wurde.

Zuspitzung der Auseinandersetzung im Mai

Nachdem die Regierung das Arbeitsgesetz am 12. Mai, in erster Lesung, ohne parlamentarische Abstimmung durchgedrückt hatte, verstärkten sich illegale und militante Kampfkationen.

Der bisherige Höhepunkt der Bewegung waren die Streiks und Blockaden im strategisch wichtigen Energie- und Transportbereich, die in der Energieversorgung deutliche Wirkung zeigten: LKW-Fahrer fingen am 17. Mai an, Zufahrten zu Städten und

Treibstoffdepots zu blockieren. Am 23. Mai begann eine dauerhafte Blockade aller acht Ölraffinerien in Frankreich, durch dort streikende Arbeiter/innen und Unterstützung von außen, sowie mittlerweile von zahlreichen in ganz Frankreich verteilten Treibstofflagern. Öl-Terminals in den Häfen von Le Havre und Marseilles wurden von Hafenarbeitern bestreikt und blockiert (über Le Havre laufen 40% des Rohölimports in Frankreich). Diese konzertierte Aktion führte schon nach wenigen Tagen bei 5.000 der 12.000 Tankstellen im Land zu Versorgungsproblemen. An vielen Orten wurde Benzin rationiert und einzelne Betriebe mussten wegen Treibstoffmangels Kurzarbeit einführen. Die Regierung war gezwungen, an ihre Treibstoff Notreserven zu gehen. Am 26. Mai wurden die Hälfte aller 19 Kernkraftwerke bestreikt und die Stromproduktion dabei landesweit um 8% gesenkt. Vereinzelt kam es zu Stromausfällen. Blockaden an zwei Ölraffinerien konnte die Polizei u.a. nur mit Wasserwerfern auflösen. Auch bei der Räumung von Blockaden an den Treibstofflagern stieß sie auf heftige Gegenwehr; nach gewaltsamer Auflösung einer Blockade verlagerten die Aktivisten meist ihre Blockade auf ein anderes Treibstofflager. Auch nach einer Woche lief der Streik an sieben der acht Großraffinerien weiter.

LKW-Fahrer und Aktivisten der Platzbesetzerbewegung blockierten in der Woche ab dem 16. Mai den Warentransport zu Supermärkten und deren Warenannahmezentren. Es gab erneut Straßenblockaden in Hafenstädten, wie Le Havre und Caen in der Normandie sowie Lorient in der Bretagne.

Wöchentlich streikten die Lohnabhängigen der Eisenbahn jeweils 48 Stunden, was hauptsächlich den regionalen Zugverkehr behinderte. Am 10. Mai demonstrierten mindestens 10.000 von ihnen in Paris. Bei einer Demonstration am 26. Mai in Paris erzwang eine größere Gruppe von Beschäftigten der Eisenbahn energisch die Freilassung eines gerade von der Polizei offensichtlich willkürlich festgenommenen dunkelhäutigen Jugendlichen. Nach einer Debatte innerhalb

der Gewerkschaften über die Wirksamkeit von Streiks, begann dann ab 31. Mai erstmals ein zeitlich unbefristeter Streik. Auch an den Pariser Flughäfen wurde erneut gestreikt und 15 Prozent Flugausfälle erreicht.

Während einer Demonstration am 12. Mai in Paris mit zehntausenden Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die von der Polizei mit massivem Einsatz von Tränengas angegriffen wurde, griffen 300 Demonstrierende den Ordnerdienst der Gewerkschaften CGT und FO an wegen seiner Zusammenarbeit mit der brutal agierenden Polizei. Der Ordnungsdienst setzte daraufhin in Polizeimannier Tränengas und Schlagstöcke gegen die Demonstrierenden ein. Es kam in der Folgezeit noch mehrfach zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen meist jungen Demonstrierenden und den reaktionären Schlägern des Ordnerdienstes.

Gegen Dutzende Räume der Regierungspartei fanden im Mai in ganz Frankreich Aktionen statt, wie z.B. mit Parolen „verzieren“ oder zumauern.

Der Staatsapparat griff zu immer brachialeren Mitteln. In Rennes, wo Aktivisten seit zehn Tagen einen Konzertsaal besetzt hielten, stürmte am 13. Mai die Polizei-Eliteeinheit RAID (vergleichbar mit GSG9) den Saal zur Räumung der Besetzung. Die für den nächsten Tag angekündigte Demonstration gegen Polizeigewalt wurde verboten und die Bevölkerung aufgefordert, das Stadtzentrum zu meiden. Einen Protestzug von rund 700 Menschen, die sich über das Verbot hinweggesetzt hatten, attackierte die Polizei wieder mit Gummigeschossen.

Gegen eine Studentin beantragte die Staatsanwaltschaft fünf Jahre Haft ohne Bewährung, nachdem sie Mitte Mai bei der gewaltsamen Räumung eines besetzten Saals in Amiens ein Saalmikrofon durch den Raum geworfen hatte, ohne jemand zu verletzen.

Am 26. Mai gab es zwei weitere schwerverletzte Opfer in den Reihen der Protestbewegung. Bei der Großdemonstration in Paris wurde ein Photograph vom Splitter einer Po-

Zur Abwiegelei der Gewerkschaftsführung

Die wesentlich an den Protesten beteiligten Gewerkschaften sind hauptsächlich die revisionistische CGT (confédération générale du travail) als stärkster Gewerkschaftsdachverband in Frankreich, die FO (force ouvrière) als drittstärkster Dachverband, die Basisgewerkschaften SUD (solidaires, unitaires, démocratiques) sowie die Studierendengewerkschaft UNEF. Die Führung des zweitstärksten Gewerkschaftsdachverbandes, des sozialdemokratischen CFDT (confédération

francaise démocratique du travail) – der mit Teilen der DGB-Gewerkschaften enge Kontakte haben soll –, stimmte dem Gesetzesvorhaben schon Mitte März nach kleinen Abänderungen zu (eine Bestimmung im neuen Arbeitsgesetz, die Minderheitsgewerkschaften stärkt, kommt ihnen sehr gelegen). Durch die vielen Aktionstage versuchte die Gewerkschaftsführung der großen Gewerkschaften die Protestbewegung zu kontrollieren und auszulaugen. Viele von ihnen auf Teilbereiche und kur-

ze Zeiträume beschränkte Streiks zielten offensichtlich nicht auf eine echte Machtprobe mit dem Kapital ab. Als der Kampf sich zuspitzte und der Staatsapparat einerseits mit Demonstrationsverboten und andererseits mit Teilzugeständnissen reagierte, übernahm die Gewerkschaftsführung immer offener die Rolle, die Kampffront der Protestbewegung zu schwächen und zu sabotieren.

Zu Solidaritätsaktionen in und aus anderen Ländern

Am Wochenende des 7. und 8. Mai reisten rund 300 Vertreter/innen aus mehreren Ländern nach Frankreich zu einer Versammlung auf dem Place de la Republique in Paris. Sie kamen aus Spanien, Italien, Belgien, England, Deutschland, USA und Brasilien.

Es gab Solidaritätsaktionen in vielen Ländern, nicht nur in Europa, sondern z.B. auch in Brasilien, Bangladesch und Indien:

■ In Italien fanden vor allem im Juni zahlreiche Solidaritätsaktionen statt. Insbesondere in Mailand, wo z.B. mehrere hundert Arbeiterinnen und Arbeiter eine Demonstration am französischen Konsulat begannen. Auch in anderen

Städten wie Rom und Neapel gab es ähnliche Aktionen.

■ In Griechenland wurde Mitte Juni eine Kundgebung vor der französischen Botschaft in Athen abgehalten und das französische Konsulat in Patras kurzfristig besetzt.

■ In Deutschland fanden u.a. in Berlin, Hamburg, München, Stuttgart und Frankfurt Demonstrationen statt. Arbeiter von Daimler in Bremen befestigten im Juni auf dem Dach ihrer Werkshalle eine Transparent mit der Aufschrift: „Wir grüßen die französischen Arbeiter im Streik gegen deutsche Verhältnisse.“ In Frankfurt zogen am 14. Juli, dem Jahrestag des Sturms auf die Bastille

1789, etwa 30 Demonstrantinnen und Demonstranten vom Hauptbahnhof am Gleis des ICE nach Paris, zum Hochhaus des IG-Metall Bundesvorstandes mit Transparenten und lauten Sprechchören. Sie forderten „Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft“ und „Solidarität heißt Widerstand – Kampf dem Kapital in jedem Land!“

■ In Bangladesch demonstrierten tausende Textilarbeiterinnen und -arbeiter, um ihre Solidarität mit den Werktätigen in Frankreich zu zeigen. Auch in Indien nahmen tausende Menschen an Solidaritätsdemonstrationen teil.

lizeigranate an der Schläfe getroffen und lag über zehn Tage im Koma. Ein Streikposten im südfranzösischen Fos-sur-Mer fiel ebenfalls ins Koma, nachdem er von einem Auto angefahren worden war, mit dem eine Sperre der Streikenden in der Nähe der Raffinerie durchbrochen werden sollte.

Die Teilnahme an Demonstrationen der gewerkschaftlich initiierten Aktionstage am 17., 19. und 26. Mai war landesweit leicht abnehmend, lag aber noch bei einigen Hunderttausenden; in Paris blieb sie relativ stabil bei mehreren Zehntausenden. Eine Rolle spielte hierbei, dass die Gewerkschaftsführung in manchen Städten keine Demonstrationen mehr unterstützte. In Nantes wurden Demonstrationen verboten und gegen die dennoch Demonstrierenden mit über sechzig Festnahmen vorgegangen. Auch in Rennes, das ebenfalls als Hochburg des militanten Teils der Bewegung gilt, verzichteten die Gewerkschaftsführungen einfach auf eine Demonstration. In Paris, Toulouse, Nantes und Rennes wurden an diesen Aktionstagen gegen über 50 Personen Aufenthaltsverbote in bestimmten Stadtteilen verhängt. Diese richteten sich hauptsächlich gegen Aktivistinnen der autonomen Jugendbewegung und auch gegen einen Fotojournalisten, der speziell zum Thema Polizeigewalt berichtete.

Eine Demonstration der Polizei am 18. Mai in Paris unter dem Motto „Gegen den Polizeihass“ („haine anti-flic“) begann provokativ am Place de la Republique, dem symbolisch wichtigen Ort der Platzbesetzerbewegung. Eine Gegendemonstration wurde verboten. Der Zutritt zum Platz war nur noch Angehörigen der Polizei und Presse erlaubt. Allerdings wurden zwei Parlamentsabgeordnete des faschistischen „Front National“ auf den Platz gelassen. Eine kleine Gruppe von Gegendemonstranten fand sich etwas entfernt vom Platz ein. Dort wurde ein Polizeiauto in Brand gesetzt, in dem ein Poli-

zist und eine Polizistin saßen (beide blieben unverletzt, das Auto brannte aus).

Beschäftigte eines Stromversorgers drehten Anfang Juni an Wohnsitzen prominenter Politiker gezielt den Strom ab und lieferten gleichzeitig an rund eine Millionen Haushalte Strom zum günstigeren Nachttarif.

Die Stimmungslage in der Gesamtbevölkerung Frankreichs war klar. Nach offizieller Umfrage Ende Mai waren 86% gegen das neue Arbeitsgesetz in der vorliegenden Fassung. 71% der Befragten einer weiteren Umfrage im Mai erklärten sich „schockiert“ über die Umgehung des Parlaments bei der Verabschiedung des Gesetzes. Die Streiks und Proteste dagegen wurden von einer deutlichen Mehrheit als berechtigt angesehen. Diese Sympathie mit der Protestbewegung versuchten die bürgerlichen Medien dadurch zu untergraben, dass sie gegen militante Aktionen der Protestierenden hetzten.

Abwiegungsmanöver von Regierung und der Führung der Gewerkschaften – die Bewegung flacht ab

Die Regierung, die zunächst auf die Proteste nur mit kosmetischen Korrekturen im Gesetzesentwurf reagiert hatte, sah sich Ende Mai durch den auf das Kapital erzeugten Druck der gesamten Streik- und Blockadefront zu Teilzugeständnissen für einzelne Berufsgruppen gezwungen. Der Streik der LKW-Fahrer ließ Ende Mai stark nach, nachdem ihnen eine Sonderregelung versprochen wurde, wonach die Arbeitszeitregelung des neuen Arbeitsgesetzes für den LKW-Transport nicht gelten sollte. Damit gelang es, eine für die Kapitalisten strategisch sehr wichtige Berufsgruppe im Transportwesen vorerst weitgehend ruhig zu stellen. Auch den Eisenbahnbeschäftigten wurde in einem Punkt des neuen Arbeitsgesetzes

nachgegeben, der die Arbeits- und Ruhezeiten für Bahnbeschäftigte regelt. Sie streikten dennoch vorerst weiter. Die geplanten Massenkündigungen bei den Fluglotsen wurden zurückgenommen, danach wurde der von ihnen für Anfang Juni angekündigte Streik abgesagt.

Der französischen Regierung ging es nun auch darum, größere Beeinträchtigungen der am 10. Juni beginnenden Fußball-Europameisterschaft im eigenen Land zu vermeiden. Doch pünktlich zum Turnierbeginn streikte die Müllabfuhr in Paris (dort arbeiten hauptsächlich Menschen, die selbst oder deren Eltern aus ehemaligen französischen Kolonien stammen). Tagelang türmten sich in zentralen Stadtteilen von Paris Berge von Abfall. Dieser Streik wurde aus der Bevölkerung mit Geldspenden unterstützt, denn in Frankreich zahlen die Gewerkschaften generell keine Streikgelder.

Die von den Gewerkschaften ausgerufene Demonstration am 23. Juni in Paris wurde zunächst verboten. Das war das erste Mal seit dem Ende des Algerienkriegs im Jahr 1962, dass gegen eine von großen Gewerkschaften unterstützte Demonstration ein Verbot verhängt wurde. Sie durfte dann zwar doch stattfinden, allerdings von Beginn an komplett eingekesselt, in mehrfachen Belagerungsringen der Polizei, auf einer von der Polizei aufgezwungenen kurzen Route. Wer teilnehmen wollte, musste durch mehrere Absperrungen hindurch und sich durchsuchen lassen. Dennoch beteiligten sich mehrere Zehntausende daran. Die Gewerkschaftsführung hatte diese extremen Auflagen akzeptiert.

Ebenfalls am 23. Juni beendeten die Eisenbahnbeschäftigten ihren am 31. Mai begonnenen unbefristeten Streik und die Bahngesellschaft gab das Ende dieses Arbeitskampfes bekannt.

In der letzten Juniwoche erfolgten Angriffe auf Räumlichkeiten des Gewerkschaftsdachverbandes CFDT, der seine Zustimmung zu dem Gesetz erklärt hatte. So wurde z.B. deren Sitz in Bordeaux in der Nacht zum 30. Juni erheblich beschädigt.

Nachdem die Bewegung über mehrere Monate beindruckend viel Kampfeswille, Entschlossenheit und Durchhaltevermögen bewiesen hatte, flaute sie im Laufe des Juni insgesamt ab. Es gab Ende Juni keine größeren Streiks mehr nach einzelnen Zugeständnissen der Kapitalisten für bestimmte Berufsgruppen. Die letzten drei landesweiten Aktionstage (23. und 28. Juni, 5. Juli) waren durch sinkende Gesamtteilnehmerzahlen bei den Demonstrationen gekennzeichnet. Auch die Teilnehmerzahlen bei den Platzbesetzungen sanken.

Am vorerst letzten Aktionstag, am 5. Juli, gingen jedoch in Paris nach wie vor Zehntausende von Menschen auf die Straße. An diesem Tag, ein Tag vor Beginn der Sommerschulferien in Frankreich, wurde das Arbeitsgesetz nun endgültig in dritter Lesung und wieder ohne parlamentarische Abstimmung, verabschiedet.

Wichtige Erfahrungen aus den Kämpfen

Welche Rolle bei der bisherigen Entwicklung der Bewegung die massive staatliche Repression, die Hetze bürgerlicher Medien über die Militanz der Proteste, die Taktiken von Gewerkschaftsführern und einige punktuelle Zugeständnisse der Kapitalisten sowie auch die in Frankreich ab 10. Juni ausgetragene vierwöchige Fußball-EM gespielt

hat, sind Fragen, auf die nur die fortschrittlichen Kräfte in Frankreich selbst Antworten finden können. Doch eines ist klar: Die Kämpfe werden wieder aufflammen. Schon nach den Sommerferien sind für September erneute Aktionen angekündigt.

Auch wenn im vorläufigen Ergebnis das Arbeitsgesetz dennoch verabschiedet wurde, ist das nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass die über mehrere Monate gegen den Sozialkahlschlag Kämpfenden eine Reihe überaus wichtiger Erfahrungen gemacht haben.

Besonders hervorheben möchten wir folgende Merkmale dieser Protestbewegung:

■ Der Aktionsradius der Bewegung beschränkte sich nicht nur auf Paris und einige wenige Großstädte, sondern umfasste fast ganz Frankreich.

■ Die Bewegung fand ihren Ausdruck in Demonstrationen, Streiks, Blockaden, Besetzung von öffentlichen Räumen sowie vielfältigen anderen Aktionsformen.

■ An vielen Orten und bei vielen Aktionen fand durch gemeinsamen Kampf von Arbeiterinnen und Arbeitern, anderen ausgebeuteten Werktätigen, Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schülern, Erwerbs- und Wohnungslosen eine Bündelung der Kräfte statt. Spaltungsversuche der Herrschenden während gemeinsamer Demonstrationen von jugendlichen Demonstrierenden und Arbeiterinnen und Arbeitern wurden meistens erfolgreich abgewehrt.

■ Immer wieder wurde der legale Rahmen gesprengt und militante Entschlossenheit, nicht nur von einzelnen oder kleinen Gruppen, gezeigt.

Bei den Streiks und Blockaden im Transport- und Energiewesen haben die Lohnabhängigen gezeigt, dass sie dem Kapital empfindliche Schläge versetzen können. Mit der Lähmung dieser für große Teile der Wirtschaft unverzichtbaren Infrastruktur kann in kurzer Zeit eine durchschlagende Wirkung erzielt werden.

■ Die Bewegung ließ sich nicht vollständig von der Führung der daran beteiligten Gewerkschaften kontrollieren.

Es wundert nicht, dass die bürgerliche Presse in Deutschland so wenig wie möglich von diesen umfangreichen Kämpfen berichtet hat. Manche der heute umkämpften sozialen Rechte in Frankreich hat es in Deutschland nie gegeben, so z.B. eine gesetzlich verankerte 35-Stunden-Woche. Fortschrittliche Kräfte in Deutschland können von den Kämpfen in Frankreich lernen, denn solche Klassenkämpfe hat es in Deutschland gegen die „Agenda 2010“ nicht gegeben und sie übertreffen auch bei weitem das, was an sozialen und ökonomischen Kämpfen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten stattgefunden hat.

Lernen von den Kämpfen in Frankreich!

Solidarität mit den Kämpfen in Frankreich!

Quellen:

Hauptquelle ist das LabourNet, insbesondere die lange Artikelserie („Frankreichs umkämpfte Arbeitsrechts-, Reform“) vom 24.02.16 bis 08.07.16. Weitere Quellen: fr-online, 19.02.16; FR, 19.05.16 und 27.05.16; express 4/2016; junge Welt, 11./12.06.16; Ver.di publik 4/2016.

Stellungnahmen von Gegen die Strömung zu Protesten und Kämpfen in Frankreich

Solidarität mit den kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeitern in Frankreich!

Flugblatt von Gegen die Strömung vom Januar 1996

Aus dem beispielhaften Kampf der Erwerbslosen in Frankreich lernen! Den Kampf gegen die massenhafte Erwerbslosigkeit und ihre kapitalistischen Ursachen aufnehmen!

Flugblatt von Gegen die Strömung vom Februar 1998

Französisches Militär gegen Streikende: Solidarität mit dem Streik der Seeleute und Hafentarbeiter in Marseille und auf Korsika

Kasten aus dem Flugblatt von Gegen die Strömung Oktober/November 2005

Was wir von den beispielhaften massenhaften und militanten Kämpfen gegen das „Berufsanfängergesetz“ in Frankreich lernen können

Kasten aus dem Flugblatt von Gegen die Strömung vom April 2006

Streiks und Demonstrationen der Eisenbahner und anderer Werktätiger sowie Studentinnen und Studenten in Frankreich

Kasten aus dem Flugblatt von Gegen die Strömung vom November/Dezember 2007

Ein Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland:

Schülerinnen und Schüler in Frankreich kämpfen landesweit gegen die Abschiebung einer Roma-Familie

Kasten aus dem Flugblatt von Gegen die Strömung vom Oktober 2013

Bestellungen (gegen Rückporto) bitte senden an:

Literaturvertrieb
Georgi Dimitroff,
Postfach 102051,
D-63020 Offenbach a.M.,
info@litvertriebdimitroff.de